

Fragen Netzwerk Care Revolution Rhein-Main

1. Daseinsfürsorge gehört in öffentliche Hand

Corona hat gezeigt, wie zentral gut funktionierende öffentliche Infrastrukturen der Daseinsfürsorge sind. Was wollen Sie unternehmen, damit Kliniken, Pflegeheime, Kitas, Horte, usw. zwecks besserer Versorgungsplanung und Koordination als städtische Einrichtungen betrieben werden bzw. wie wollen Sie darauf hinwirken, dass sie wieder von der öffentlichen Hand übernommen werden?

FDP: Es hat aus Sicht der Freien Demokraten durchaus positive Effekte, wenn nicht alle Infrastrukturen der Daseinsfürsorge in der öffentlichen Hand liegen, sondern auch durch private Anbieter übernommen, ergänzt und unterstützt werden. Eine Mischung aus öffentlicher Hand und privaten Anbietern sollte bei der Organisation der Daseinsfürsorge das Ziel sein. Außerdem sollte eine aktive Förderung von Nachbarschafts- sowie Selbsthilfegruppen stattfinden und auch neue Möglichkeiten, Konzepte – wie zum Beispiel das Pflegemodell Buurtzorg für ambulante Betreuung – geprüft werden.

2. „Systemrelevante“ Berufe müssen aufgewertet werden

Welche der in Corona als „systemrelevant“ erkannten Berufe, nämlich Pflege, Erziehung, Betreuung, Fahrdienste für Menschen mit Behinderung werden Sie tarifieren, das Tarifniveau entsprechend anheben und wie wollen Sie für eine ausreichende Personalbemessung sorgen?

FDP: Wir setzen uns zum Beispiel dafür ein, dass die tarifbedingten Personalkostensteigerungen bei den freien Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit für den Zeitraum 2015 bis 2019 beim Zuschuss der Stadt endlich berücksichtigt und dieser entsprechend erhöht wird.

Um eine ausreichende Personalbemessung zu unterstützen, kann die Stadt Frankfurt Anreize für Pfleger, Erzieher, Lehrer, Hebammen etc. schaffen, um sie nach Frankfurt zu holen oder auch in Frankfurt zu halten.

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass die Gewinne von privaten Pflegedienstleistern / kirchlichen Einrichtungen der Öffentlichkeit kommuniziert werden? (Welche Gewinne erzielten die Agaplesion gAG, die AWO, die Caritas, die Diakonie, etc...in den letzten 20 Jahren?)

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass öffentlich bekannt wird, ob die Angestellten dieser Unternehmen und Einrichtungen nach Tarif bezahlt werden und mit wem ein Tarifvertrag geschlossen wurde? Damit transparent wird, um wieviel Prozent die Bezahlung im Bezug zu einem verdi-Tarifvertrag differiert? welcher Prozentsatz des Personals dieser Unternehmen/Einrichtungen outgesourcet wird und um welches Personal es sich handelt?

Welche Handlungsstrategien haben Sie vor zu entwickeln, nach der Beantwortung dieser Fragen?

FDP: Wir Freie Demokraten machen uns stark für eine transparente Sozialpolitik. Der aktuelle AWO-Skandal zeigt, dass es an Transparenz und Kontrollmöglichkeiten fehlt. Wir setzen uns für eine umfassende Aufarbeitung und Evaluation ein und werden Doppelstrukturen effizient abbauen. Deshalb fordern wir:

- Das Besserstellungsverbot muss eingehalten werden, um das Vertrauen in karitative Einrichtungen wiederherzustellen. Dazu ist auch notwendig, dass die Gehälter der Geschäftsführer der Sozialverbände offengelegt werden und diese nicht das gesunde Maß übersteigen dürfen.
- Die Sozialverbände müssen in die Lage versetzt werden, Missbrauch zu verhindern und interne Beschwerden transparent zu bearbeiten.
- Die Stadt muss die Zuschussempfänger effektiver kontrollieren und Hinweisen gegen Verstöße schneller und effizienter nachgehen.
- Jede neue soziale Aufgabe muss ausgeschrieben und transparent vergeben und begründet werden. Freihändige Beauftragungen müssen beendet werden. Soziale Dienstleistungen müssen für einen sinnvollen Zeitraum ausgeschrieben und nicht auf Dauer vergeben werden.
- Ein stadtweites Transparenzregister für soziale Träger, in dem relevante Angaben über die Sozialverbände, ihre Geschäftsführung, Zuschüsse, Verwaltungskosten und Gehälter enthalten sind. Außerdem soll damit regelmäßig Rechenschaft über Programme abgelegt werden, die von der Stadt finanziell unterstützt werden.

3. Familien mit Kindern brauchen Entlastung

Wie gedenken Sie Erwerbstätige und besonders Alleinerziehende zu unterstützen, wenn sie kranke Kinder – auch mal längerfristig – zu versorgen haben, die dann nicht in KiTas oder sonstige kollektive Betreuungseinrichtungen untergebracht werden können während die Eltern ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen, (auch nach Corona)?

FDP: Mitunter ist es schwierig – gerade auch bei der längeren Erkrankung eines Kindes – Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen – dies gilt im Besonderen für Alleinerziehende. Für uns Freie Demokraten steht die Selbstverwirklichung jedes Einzelnen in allen Bereichen des Lebens an höchster Stelle. Aus diesem Grund sehen wir die Politik dazu verpflichtet, die notwendigen Angebote für Eltern zu schaffen, damit diese für sich und für ihre Kinder die besten Lösungen finden können. Diese Angebote müssen auch individuell angepasst werden können. Deshalb sollte die Politik auch neue Konzepte prüfen, den Ausbau von Nachbarschafts- und Selbsthilfegruppen fördern und durch eine Mischung von öffentlicher Hand und privaten Dienstleistern eine breite Palette von Angeboten schaffen, die es ermöglicht, individuelle Unterstützungsmöglichkeiten zu bieten.

Außerdem setzen wir Freie Demokraten uns stark für die Digitalisierung in Frankfurt ein, so dass es in Zukunft einfacher werden soll im Home Office zu arbeiten und damit die Möglichkeit einer Betreuung etwas erleichtert wird.

Was wollen Sie unternehmen, um die Personalschlüssel in den Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern?

FDP: Es fehlen rund 400 Erzieher in Frankfurter Krippen und Kindergärten, um die Kapazitäten auszubauen. Der Fachkräftemangel wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken, da mehr Erzieher das Rentenalter erreichen als Jüngere mit der Ausbildung fertig werden.

Daher wollen wir Freien Demokraten den Fachkräftemangel wie folgt beheben:

- Umstellung der Fachschulausbildung zu einer klassischen dualen Ausbildung mit dreieinhalbjähriger Ausbildungszeit.
- Einführung einer Ausbildungsvergütung (wie in der dualen Ausbildung üblich), um die Attraktivität der Ausbildung im ersten und zweiten Bildungsweg zu steigern.
- Ausbau der jährlichen Plätze an den drei Frankfurter Fachschulen, an denen Erzieher ausgebildet werden, von 360 pro Jahr auf 600.

4. Der Rückstand in Sachen Inklusion muss dringend abgebaut werden

Deutschland hat 2009 die UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert. Darüber hinaus ist die Grundrechtecharta der EU für Deutschland verbindlich

Art. 26 der Grundrechtecharta der EU sagt:

Die Union anerkennt und achtet den Anspruch von Menschen mit Behinderung auf Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Eigenständigkeit, ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung und ihrer Teilnahme am Leben der Gemeinschaft.

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit diese Ansprüche verwirklicht werden?

Konkret:

- **Wohnen – Menschen mit Behinderung und Familien mit einem Angehörigen mit Behinderung (Kind oder Erwachsener) brauchen nicht nur barrierefreie sondern behindertengerechte Wohnungen.** Der Bedarf an solchen Wohnungen übersteigt die zu Verfügung stehende Anzahl in Frankfurt. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um das zu verändern? Wir erwarten, dass neben anderen Wohnungsbaugesellschaften besonders die ABG diese Auflagen erfüllen müssen, gerade auch wenn Renovierungen anstehen. Auch gemeinschaftliche Wohnprojekte, die inklusiv ausgerichtet sind, sollten besonders gefördert werden.

FDP: Die Politik hat den besonderen Bedürfnissen der Menschen mit Behinderungen Rechnung zu tragen, dazu gehört sicherlich auch, dass geprüft wird, wie und auf welchen Wegen mehr behindertengerechte Wohnungen geschaffen werden können.

- **Zur Entlastung pflegender Angehöriger sind besonders mit Personal gut ausgestattete Pflegeheime notwendig. In Frankfurt gibt es kein Kinderpflegeheim.** Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit Familien, die schon so sehr belastet sind, nicht noch große Entferungen aufgebürdet bekommen?

FDP: Für eine konkrete Antwort müssen dazu noch bestimmte Faktoren überprüft werden. Deshalb kann dazu aktuell keine Aussage getroffen werden.

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Inklusion in den Schulen verbessert und in allen Schulen verwirklicht wird?

FDP: Die Politik hat den besonderen Bedürfnissen der Menschen mit Behinderungen Rechnung zu tragen und diese so gut wie möglich in die Gesellschaft zu integrieren. Wir Freie Demokraten wollen

sicherstellen, dass ausreichend Kapazitäten für die Betreuung behinderter Menschen vorhanden sind. Im Sinne der Barrierefreiheit ist an vielen Stellen – gerade auch an Kindertagesstätten und Schulen – nachzubessern. Schulbauten müssen zügiger renoviert werden. Es müsste als erstes eine detaillierte Bestandsaufnahme an allen Schulen und Kindertagesstätten gemacht werden, wo, was konkret benötigt wird und welche Maßnahmen, wie schnell umgesetzt werden müssen. Bei den weiterführenden Schulen ist unter anderem zu beachten, dass es ausreichend viele und in zumutbarer Zeit erreichbare Schulplätze in allen Schulformen gibt. Außerdem sollen zusätzliche Schulprofile auf Landesebene eingerichtet werden.

- **Wie wollen Sie sich einbringen, damit Frankfurt als Arbeitgeber den Anteil von Menschen mit Behinderung erhöht?**

FDP: In den einzelnen Fachbereichen müsste überprüft werden, welche Stellen mit ihrem Anforderungsprofil für Menschen mit Behinderung interessant sein könnten und welche Maßnahmen ggf. erforderlich sind, um den Arbeitsplatz barrierefrei und/oder behindertengerecht umzubauen.

- **Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit der öffentliche Raum (besonders der ÖPNV) barrierefrei gestaltet wird?**

FDP: Mobilität ist gelebte Freiheit. Die Möglichkeit, die Distanz zwischen Wohnort, Arbeitsplatz, Freizeit und Einkaufsmöglichkeit überwinden zu können, ist Voraussetzung für Selbstbestimmtheit in allen Lebenslagen. Deshalb treten wir Freien Demokraten für einen verstärkten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ein. Unter anderem fordern wir, dass Haltestellen weiter barrierefrei umgebaut werden, sodass ein ebenerdiger Einstieg in Busse und Straßenbahnen möglich ist. Vor allem an oberirdischen Bus- und Straßenbahnhaltstellen setzen wir uns für ausreichend Sitzmöglichkeiten und wettergeschützte Wartebereiche ein.

Im Sinne der Barrierefreiheit ist an vielen Stellen nachzubessern. Nicht nur bei Neubauprojekten darf Barrierefreiheit unabdingbar sein, auch im Stadtbild muss die Teilhabe behinderter Menschen eine größere Bedeutung erfahren. Für dieses Bewusstsein für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen unterstützen wir Konzepte und Kampagnen, die außerdem Stigmatisierungen abbauen.

- **Wie wollen Sie Pflegende Angehörige unterstützen, die sich – unbezahlt – ihren Angehörigen mit Behinderung widmen und damit die Gemeinschaft entlasten? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um diesen Pflegenden Angehörigen eine ihrem Einsatz gebührende soziale Absicherung und Altersrente zu garantieren? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit die Pflegenden Angehörigen entlastet werden in ihrem Kampf gegen einen wachsenden und immer undurchsichtigeren Bürokratiedschungel? Wir plädieren für eine wirkliche Einbeziehung und Mitbestimmung der Betroffenen, nämlich der Menschen mit Behinderung und der Pflegenden Angehörigen, bei der Ausarbeitung von Maßnahmen und Regelungen. Wie sehen Sie das?**

FDP: Wir Freie Demokraten fordern eine verstärkte sowie bürokratiearme Hilfestellung für die häusliche Pflege. Außerdem sollte eine aktive Förderung von Nachbarschafts- sowie Selbsthilfegruppen stattfinden und auch neue Möglichkeiten, Konzepte – wie zum Beispiel das Pflegemodell Buurtzorg für ambulante Betreuung – geprüft werden, um pflegende Angehörige zu entlasten.

Maßnahmen zur sozialen Absicherung und Altersrente müssen auf Bundesebene getroffen werden.

5. Obdachlose und Frauen, die Gewalt erfahren, brauchen gerade in Pandemiesituationen sichere Unterkünfte

Welche Möglichkeiten werden Sie umsetzen, um Obdachlose und Wohnungssuchende, in Sammelunterkünften zusammengepferchte Menschen und um Frauen, die der Gewalttätigkeit ihrer Partner ausgesetzt sind, in nicht belegten Unterkünften, wie das Haus der Jugend, in nicht-ausgebuchten Hotels bzw. in leerstehenden Häusern menschenwürdig und pandemiegeschützt unterzubringen?

FDP: Frauenhäuser in Frankfurt stoßen an ihre Grenzen. Deshalb wollen wir in Frauenhäusern mehr Kapazitäten einrichten und Frauen eine Perspektive geben. Außerdem wollen wir verstärkt über häusliche Gewalt aufklären. Prävention bleibt das wirksamste Instrument.

Die Covid-19-Pandemie hat aufgezeigt, in welchen bisweilen prekären Verhältnissen Geflüchtete untergebracht werden. Die Stadt darf Gemeinschaftsunterkünfte nicht zu Hotspots der Pandemie machen. Daher fordern wir eine zunehmend dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen sowie das Festschreiben von Mindeststandards in Gemeinschaftsunterkünften. Diese Gemeinschaftsunterkünfte dürfen keine dauerhafte Lösung sein. Stattdessen ist dafür zu sorgen, dass Menschen mit geklärtem Aufenthaltsstatus schnellstmöglich in eine eigene Wohnung umziehen können.

Eine Wohnung gibt dem Menschen Halt und Würde. Wir Freien Demokraten möchten Wohnungs- und Obdachlosigkeit bekämpfen, um den Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen.

Grundsätzlich bieten Politik und karitative Einrichtungen zahlreiche Angebote an, die Menschen mit psychischen Problemen, Sucht und Schulden Hilfe anbieten. Allerdings gibt es zum einen nicht ausreichend Angebote, um der großen Nachfrage gerecht zu werden, zum anderen sind die Angebote nicht niedrigschwellig genug. Viele Betroffene haben Schwierigkeiten mit bürokratischer Verwaltung und scheitern bereits an den administrativen Schritten. Daher fordern wir die Unterstützung bestehender Strukturen, die wohnungs- und obdachlosen Menschen Hilfe bieten. Wir setzen uns ein für eine entbürokratisierte und moderne Verwaltung, die in erster Linie Dienstleister für die Bürger ist. Das bedeutet, wir wollen digitaler Lösungen einrichten, die Behördengänge vermeiden und vereinfachen. Eine Bündelung der Hilfs- und Beratungsangebote soll verhindern, dass die Menschen lediglich von einer Stelle zur nächsten durchgereicht werden.

Wir fordern die Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle, die als erste Anlaufstelle für die Betroffenen dienen soll. Dort soll den Betroffenen ein Überblick über ihre Optionen verschafft werden und eine Perspektive aufgezeigt werden, damit diese Menschen wieder in unsere Gesellschaft integriert werden können.

6. Wohngemeinschaft Bonameser Straße muss erhalten aus ausgebaut werden

Werden Sie ein dauerhaftes Bleiberecht der BewohnerInnen und ihrer Nachkommen auf den gepachteten Parzellen garantieren und weitere Plätze dort wieder zur Pacht freigeben bzw. die Möglichkeit weiterer Pachtparzellen prüfen?

Wir halten das angesichts geschichtlicher Verpflichtung (viele Bewohner:innen bzw. ihre Eltern wurden von den Nazis verfolgt), angesichts der dort entstandenen vorbildlichen Gemeinschaft und angesichts der Wohnungsnot für dringend geboten.

FDP: Es sollten an erster Stelle Gespräche mit den Bewohnern:innen aufgenommen und dann die Sachlage ausführlich geprüft werden, bevor konkrete Entscheidungen getroffen werden.

7. Der Wagenplatz Ostbahnhof braucht Unterstützung.

Werden Sie die derzeitigen BewohnerInnen und ihre Wagen am Ostbahnhof dort unterstützen bzgl. Ver- und Entsorgung bis ein endgültiger Bebauungsplan verabschiedet ist und die Umsetzung beginnt? Werden Sie bis dahin weiter geeignete Gelände eruieren, die als Wagenstandplatz in Frankfurt dienen können? Die Wohnungsnot, die Pandemie und das gemeinschaftliche Engagement von WagenplatzbewohnerInnen und Fahrenden gebieten diese Lösung.

FDP: Es sollte mit allen Beteiligten möglichst zeitnah nach einer für alle verträglichen Lösung gesucht werden. Aufgrund der aktuellen Wohnungsnot und auch der Geländeknappheit in Frankfurt sollten die Wagenplatzbewohner:innen jedoch alternativen Angeboten offen gegenüber stehen und sich auch selbst aktiv um Alternativen bemühen. Grundsätzlich sollten Gelände nur nach Absprache mit dem entsprechenden Eigentümer mit Wagen besetzt werden.

8. Demokratie lebt von der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger

Wie würden Sie die Schaffung von Bürger:innen-Räten unterstützen in denen sich Betroffene zusammenschließen, um ihre Anliegen selbstbestimmt zu formulieren und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten? Es gibt bereits einen Ernährungsrat und es könnte sich Ähnliches entwickeln in den Bereichen Gesundheit, Senioren, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Obdachlose, Kultur, Freizeit.

FDP: Wir Freien Demokraten unterstützen und fördern grundsätzlich die Selbstorganisation der Bürger:innen in allen Bereichen. Politik und Verwaltung sollten offen und transparent gestaltet sein, so dass die Bürger:innen sich in die Prozesse einbringen und sich bei Fragen oder Problemen direkt an den zuständigen Ansprechpartner wenden können.

Welche Unterstützungs- und Versammlungsmöglichkeiten würden Sie flächendeckend in allen Stadtteilen aufbauen und zur Verfügung und Nutzung bereitstellen für

- **Senioren (Treffs, Mittagstisch, Tagesaufenthalt, ...)**

FDP: Wir Freien Demokraten wollen die Entwicklung von sozialraumorientierten Mehrgenerationenkonzepten fördern, in denen Alt und Jung sich gegenseitig unterstützen können. Solche Modelle können den sozialen Zusammenhalt verbessern. Wir begrüßen es, wenn Senioren am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben z. B. durch ein Engagement im Ehrenamt teilnehmen, und unterstützen dies. Die Lebenserfahrung älterer Menschen ist als Wert für alle Generationen in Frankfurt zu erhalten.

Für die Teilhabe von Senioren spielt die Digitalisierung eine tragende Rolle. Die Pandemie hat verdeutlicht, welch prominenten Stellenwert digitale Kompetenzen, WLAN und auch digitale Endgeräte für ältere Menschen bekommen können. Sie dienen nicht nur der Behandlung von Demenz, sondern sind Mittel gegen drohende Vereinsamung und beugen somit psychischen Erkrankungen vor. Daher fordern wir:

- Flächendeckende Weiterbildungsangebote für Senioren zur Nutzung digitaler Medien.
- Die schnellstmögliche Umsetzung von flächendeckendem WLAN in allen Alten- und Pflegeeinrichtungen. Hierzu soll die Stadt mit Trägern an schnellen Lösungen arbeiten.
- Festgeschriebene Anhörungsrechte bei Seniorenthemen und Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung, um echte politische Teilhabe zu ermöglichen.

Zusätzlich suchen wir im kulturellen Bereich den Dialog mit nicht-städtischen Einrichtungen, um hier vergünstigte Eintrittspreise zu erreichen – nicht nur für Senioren, sondern auch für finanziell schwächer Gestellte.

- **Kinder (Kitas, Spiel- und Sportplätze,...) und Jugendliche (Jugendhäuser und –cafes, Musikprobe- und -auftrittsräume, Sportplätze,...)**

FDP: Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch sein Leben selbstbestimmt in allen Lebenslagen gestalten kann. Dafür braucht es weltbeste Bildung, die für uns nicht erst in der Schule, sondern bereits in der Kita beginnt. Darum setzen wir uns für einen Ausbau von Hort- und Krippenplätzen, für längere Öffnungszeiten und mehr Erzieher ein, sodass jeder Neufrankfurter von klein auf die besten Chancen erhält und jedes Elternteil seinem Beruf nachgehen kann.

Schulsanierung und der Neubau von neuen Schulen haben für die Freien Demokraten Frankfurt eine hohe Priorität. In Frankfurt hat sich ein erheblicher Sanierungsstau aufgebaut, der nicht mehr tragbar ist. Außerdem braucht eine wachsende Metropole wie Frankfurt neue Schulen. Der lediglich einseitige Ausbau von Integrierten Gesamtschulen wird der Vielfalt der Kinder und Jugendlichen in Frankfurt nicht gerecht.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die städtischen Zuschüsse für die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit erhöht werden und damit Angebote erhalten oder ausgebaut werden können.

Attraktive Sport und Freizeitaktivitäten sind ein wesentlicher Faktor für den Erhalt der Gesundheit der Bürger und die Lebensqualität unserer Stadt. Sport und Vereine leisten einen großen Beitrag, dass soziale Kompetenzen und gesellschaftliche Regeln von Fairness im Umgang miteinander früh gelernt und gelebt werden. Wir wollen deshalb, dass die Stadt Frankfurt eine attraktive Infrastruktur für Sport- und Freizeitmöglichkeiten bietet.

Dazu gehören zum einen flächenmäßig ausreichende, von allen Stadtteilen aus erreichbare und gut ausgestattete Sportflächen und Freizeitanlagen und zum anderen die Unterstützung von Sport- und Freizeitorganisationen, insbesondere von Vereinen. Die finanzielle Förderung durch die Stadt ist dabei eine wichtige Voraussetzung für uns, damit Vereine über das unmittelbare Sport- und Freizeitangebot hinaus zum friedlichen und toleranten Miteinander in unserer Stadt beitragen und allen Bürgern unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion und Sexualität offenstehen.

Wir wollen den Stellenwert von Sport, insbesondere von Freizeitsport, erhöhen und das Angebot für Nicht-Trendsportarten ausweiten. Sportstätten sollen deshalb so konzipiert, geplant oder umgebaut und erweitert werden, dass die Infrastruktur ein breites Sportangebot zulässt. Leichtathletikangebote wurden z. B. in den vergangenen Jahren zurückgebaut. Das ist nicht nur für den Vereinssport ein Verlust. Auch Sportangebote im schulischen Bereich brauchen diese Infrastruktur, um Bundesjugendspiele veranstalten zu können. Sportplätze und Sportstätten sollen bei der Planung von Neubaugebieten berücksichtigt werden.

Die frei zugänglichen Sportstätten, z. B. in Frankfurter Parks oder in den Stadtteilen, sollen möglichst viele Sportarten Raum geben. Zum Beispiel sollen nicht nur Bolzplätze gebaut werden, sondern auch andere Sportarten wie Handball, Basketball, Tischtennis in solche Sportstätten integriert werden. Ein Positivbeispiel hierfür ist der Hafenpark. Wo es sich anbietet, sollen diese Plätze sozial betreut werden. Außerdem soll – wo möglich – mit Jugendhäusern und der Sportjugend Frankfurt kooperiert werden. Insbesondere soll mit Frankfurter Mädcheneinrichtungen verstärkt zusammengearbeitet werden. Sportstätten und Bewegungsräume – insbesondere solche, die für Freizeitsport und Freizeitaktivitäten genutzt werden – sollen auch die sportlichen Interessen von Frauen und Mädchen abbilden. Hier sollen Frauen und Mädchen aktiv in die Neuplanung mit einbezogen werden.

Die Angebote auf Sportanlagen/Sportstätten müssen auch für Menschen mit Behinderung zugänglich sein. Wir wollen Teilhabe ermöglichen. Ein gelungenes Beispiel ist die geplante Margarete-Schütte-Lihotzky-Anlage in Praunheim.

Schulhöfe sollen, insbesondere im Innenstadtbereich an Wochenenden und – wo möglich – an Nachmittagen, für den Freizeit- und Breitensport geöffnet werden. Böden sollen sporttauglich gestaltet werden, beispielsweise durch einen Belag aus Kunststoffgranulat auf Schulhöfen, die Sportler aufgrund ihrer Ausstattung und Größe gut nutzen könnten.

Die Grünanlagensatzung sollte geändert werden, damit Sportkurse dort – nach Vergabe durch eine im Sportamt angesiedelte Vergabebörse – legal angeboten und durchgeführt werden können.

- **Mütter (Treffs, Beratung, Hebammen, Babysitter,.....)**

FDP: Der generelle Hebammenmangel ist auch in Frankfurt für werdende Eltern eine besondere Belastung. Hebammen geben werdenden Eltern die notwendige Sicherheit für die Entbindung. Sie werden dringend gebraucht, nicht nur für die Entbindung selbst, sondern auch im Vorfeld für Schwangerschaftskurse oder der Wochenbettbetreuung nach der Geburt. Der Beginn des Lebens prägt Eltern und Kind entscheidend. Die Einrichtung eines dauerhaften Expertengremiums aus Politik, Verbänden und Hebammen zur Findung kreativer Lösungen gegen Hebammenmangel. Wir setzen uns ein: Unterstützung durch die Stadt für Hebammen, die ihre Tätigkeit in Frankfurt aufnehmen.

- Die Förderung und Unterstützung der Geburtshilfe in Frankfurt.
- Eine Lösung für freiberufliche Hebammen, die aufgrund horrender Versicherungsprämien teilweise den Beruf nicht weiter ausüben können. Im Sinne der Attraktivitätssteigerung des Berufes möchten wir hier gegensteuern.
- **Wasch- und Bademöglichkeiten, Schwimmbäder, Parks, Gesundheitszentren,.....**

FDP: Wir fordern zum Beispiel unter anderem einen Frankfurter Zukunftswald: Das Willkommenspaket für Neugeborene ist um einen Gutschein für einen Baumsetzling zu erweitern, der im eigenen Garten oder auf einer öffentlichen Grünfläche gepflanzt werden kann. Wir wollen in möglichst vielen Frankfurter Stadtteilen Flächen ausweisen, die als Mini-Wäldchen nach der Miyawaki-Methode umgestaltet werden, um die Klimaanpassung der Stadt zu verbessern. Die Ortsbeiräte sollen bei der Auswahl der Fläche miteinbezogen werden.

Außerdem müssen viele Wege in Parkanlagen ausgebessert und verbreitert werden, damit Fußgänger, Radfahrer und andere Parknutzer sie sicher und gut nutzen können. Wir wollen zudem mehr Fahrradbügel an Spielplätzen oder Plätzen und Grünflächen aufstellen.